

Armut als soziale Provokation

Sieben Anmerkungen zu einer sozialethischen Herausforderung¹

Berthold Vogel

1. Armut ist eine soziale Provokation

Armut als soziale Lage fordert Gesellschaften heraus – aber auch jedes einzelne Gesellschaftsmitglied. Armut verändert Gesellschaften, ihre Strukturen und ihre Mentalitäten. Sie provoziert kollektive Abstiegsängste, Verteilungskonflikte und Ressentiments. Auf der individuellen Ebene beschämt sie, macht wütend, irritiert und verletzt. Sie ist Bedrohung und Menetekel, sie steht für eine bestimmte Typik des Sozialen: für beruflich Deklassierte und Menschen, die ihren familiären Halt verloren haben, für Menschen ohne Arbeit oder Obdach. Armut provoziert seit jeher aber auch Streit – den *Streit um würdige und unwürdige Arme*. Schon an den Klostertoren des Mittelalters wurde entschieden, wer würdig und berechtigt ist, als Armer Hilfe zu empfangen. Unterstützungswürdig waren die »guten Armen«, die schuldlos in Not Geratenen, die unser Mitleid verdienen, die kollektive Unterstützung brauchen. Daher sind mit der sozialen Frage der Armut immer auch Haltungen der Barmherzigkeit und des Mitgefühls verknüpft. In modernen, wohlhabenden und demokratisch organisierten Gesellschaften ist Armut ein Appell an Solidarität und Hilfsbereitschaft. Notlagen und die Dynamik sozialer Ausgrenzung fordern auf, über Fragen des Zusammenhalts und seiner politischen wie rechtlichen Garantien kollektiv nachzudenken.

1 Der vorliegende Text beruht auf einem Vortragsskript. Er akzentuiert soziologische Perspektiven auf die »soziale Frage« der Armut und soll die Diskussion zwischen Soziologie und Theologie in diesem Themenfeld profilieren. Für die Publikation wurden die Thesen ein wenig erweitert, allerdings in ihrer Grundstruktur nicht verändert.

Die Rede über Armut ist daher eine *wertende Rede* und eine *Rede moralischer Zuschreibungen*. Armut provoziert normative Aussagen. Und Armut lässt sich nicht als ein (mehr oder weniger bedauerlicher) Teilaspekt der gesellschaftlichen Wirklichkeit behandeln. Die Tatsache, dass Menschen arm sind oder dass sie gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht mithalten können, ist mehr als nur ein Problem sozialer Randgruppen oder Randlagen. Armut konstituiert gesellschaftliche Verhältnisse und Beziehungen. Sie ist eine soziale Relation, die alleine in ihrem Verhältnis zu Wohlstand, Reichtum und Sicherheit zu verstehen ist.

Die Klassifikationen der Armut und des Ausgeschlossenseins sind in unserem wohlfahrtsstaatlichen Breitengrad vom Wohlstand her bestimmt. Der Reichtum und der Wohlstand einer Gesellschaft definieren auch deren Armut. Und in Gesellschaften, deren Vermögenszuwächse und wirtschaftliche Aufstiege beachtlich sind, werden diejenigen, die wenig haben, in anderer Weise wahrgenommen als in Gesellschaften, in denen die große Mehrheit um das wirtschaftliche Überleben kämpfen muss. So müssen auch die Fluchtbewegungen nach Europa oder in die USA verstanden werden – sie sind der Ausdruck eklatanter globaler Unterschiede in Lebenschancen und Wohlstand. In ihnen manifestieren sich der Wille zum Aufstieg und der Wunsch, mehr aus dem eigenen Leben zu machen sowie den Zwängen einer armutsdominierten Gesellschaft zu entkommen. Auch im Stichwort »Lampedusa« spiegelt sich die soziale Provokation der Armut.²

2. Armut ist ein allgegenwärtiges Thema

Als soziale Tatsache ist Armut heute Gegenstand intensiver sozialwissenschaftlicher Beobachtung und Berichterstattung. Immer wieder erhalten wir Hinweise auf die Verfestigung und die Ausweitung der Armut hierzulande – eine aktuelle Zahl aus dem Frühjahr 2015 ist: 15 % der in Deutschland lebenden Bevölkerung sind arm, sie haben weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens.³ Ein weiterer Befund ist: Egal wie

2 Ein früher und paradigmatischer Text zu »Lampedusa« – verstanden als ein Symbol der globalisierten Armut und ihrer provokativen Konsequenzen – ist die Reportage von *Fabrizio Gatti*, Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa, München 2010.

3 Vgl. Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2013.